

Pulsnitzer Wochenblatt

Fernsprecher: Nr. 18.

Bezirks-Anzeiger und Zeitung.

Telegr.-Adr.: Wochenblatt Pulsnitz.

Erste Ausgabe: Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend.
Mit „Illustr. Sonntagsblatt“, „Humoristischen Wochenblatt“ und „Für Haus und Herd“.
Abonnement: Monatlich 45 Pf., vierteljährlich 1.25 bei freier Zustellung ins Haus, durch die Post bezogen 1.26.

Amts-Blatt

des Königl. Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz.

Inserate für denselben Tag sind bis vormittags 10 Uhr aufzugeben. Die fünf mal gespaltene Zeile oder deren Raum 12 Pf. Lokalpreis 10 Pf. Restname 25 s. Bei Wiederholungen Rabatt.

Zeitraubender und tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. Erfüllungsort ist Pulsnitz.

Druck und Verlag von E. L. Förster's Erben (Inh.: J. W. Mohr.)

Expedition: Pulsnitz, Bismarckplatz Nr. 265.

Verantwortlicher Redakteur Otto Dorn in Pulsnitz.

Nr. 116.

Donnerstag, den 26. September 1907.

59. Jahrgang.

Bekanntmachung.

— Bürgerrechtserwerb — betr.

Diejenigen Gemeindeglieder, welche nach dem sub © abgedruckten § 17 der revidierten Städteordnung zum Erwerbe des Bürgerrechts berechtigt oder verpflichtet sind, werden hiermit aufgefordert, sich bis

30. September 1907

auf hiesiger Ratskanzlei, wo auch nähere Auskunft erteilt wird, Schrift ihrer Verpflichtung anzumelden.
Pulsnitz, am 21. September 1907.

Der Stadtrat.

J. B. Richard Vorkhardt.

§ 17 der revidierten Städteordnung:

Zum Erwerbe des Bürgerrechts berechtigt sind alle Gemeindeglieder, welche:

1. Die sächsische Staatsangehörigkeit besitzen,
2. Das 25. Lebensjahr erfüllt haben,
3. Öffentliche Armenunterstützungen weder beziehen, noch im Laufe der letzten zwei Jahre bezogen haben,
4. Unbescholten sind,
5. Eine direkte Staatssteuer von mindestens einem Taler entrichten,
6. Auf die letzten zwei Jahre ihre Staatssteuer und Gemeindeabgaben, Armen- und Schulanlagen am Orte ihres bisherigen Aufenthalts vollständig berichtigt haben
7. Entweder
 - a) im Gemeindebezirke ansässig sind, oder
 - b) daselbst seit wenigstens zwei Jahren ihren wesentlichen Wohnsitz haben, oder
 - c) in einer and. ev. Stadtgemeinde des Königreichs Sachsen bis zur Aufgabe ihres bisherigen Wohnsitzes stimmberechtigte Bürger waren.

Dagegen sind zum Erwerbe des Bürgerrechts verpflichtet diejenigen zur Bürgerrechtserwerbung berechtigten Gemeindeglieder, welche

- a) männlichen Geschlechts sind,
- b) seit drei Jahren im Gemeindebezirke ihren wesentlichen Wohnsitz haben und
- c) mindestens drei Taler an direkten Staatssteuern jährlich zu entrichten haben.

Bei Berechnung der Steuern sind die Ansätze der Ortskataster maßgebend. Der auf eine Mehrheit von Personen im Kataster eingetragene gemeinsame Steuerfuß ist jeder derselben zu gleichem Teile anzurechnen. Die Ansätze der Rentenrolle werden den Eingetragenen in ihrem Wohnorte zugerechnet.

Bekanntmachung.

Zeichenunterricht betr.

Mit Genehmigung der vorgesetzten Behörden wird von Michaelis 1907 an, aus der Mitte der Bürgerschaft geäußerten Wünschen entsprechend, an der hiesigen städtischen Fortbildungsschule

gewerblicher Zeichenunterricht

an jedem **Sonntage** von 11—1 Uhr erteilt. Die Anmeldung zur Teilnahme ist freiwillig, jedoch bindet die Anmeldung zu einer mindestens das laufende Schuljahr umfassenden Teilnahme. Die gesetzlichen Bestimmungen über die Fortbildungsschule, sowie deren Schulordnung gelten auch für den Zeichenunterricht. Als Entgelt wird ein Zuschlag zum Fortbildungsschulgelde in Höhe von 30 Pf. monatlich erhoben.

Anmeldungen nimmt der unterzeichnete Schuldirektor **Montag, den 7., Dienstag, den 8. und Donnerstag, den 10. Oktober**, in der Zeit von 6—8 Uhr abends in seinem Amtszimmer (neue Schule, 1. Stockwerk, Nr. 10) entgegen. Die **Aufnahme der Schüler** und der **Beginn des Unterrichts** findet **Sonntag, den 13. Oktober, vormittags 11 Uhr** im Prüfungszimmer der Stadtschule statt. Hierzu werden alle Freunde und Gönner unserer Fortbildungsschule herzlich eingeladen.
Pulsnitz, den 26. September 1907.

Der Vorsitzende des Schulausschusses.

Reinhold Vorkhardt.

Der Ortschaftsinspektor.

Direktor Brück.

Das Wichtigste vom Tage.

Der Zustand des Großherzogs von Baden ist unverändert.
Am heutigen Tage finden in Sachsen die Wahlen der Abgeordneten zum Landtag durch die vor 14 Tagen gewählten Wahlmänner statt.
In der spanischen Provinz Malaga sind bei Ueberschwemmungen viele Personen ertrunken.
König Karl von Rumänien ist in Wien eingetroffen, desgleichen der russische Minister v. Iswolski.
Der russische Finanzminister Kowozew hat seine Entlassung gegeben.
Auf Puerto Rico herrscht infolge von Missernte eine furchtbare Hungersnot.

Die Wahlen in Russland.

Die jüngsten Wahlmänner-Wahlen für die russische Duma zeigen wiederum einmal, daß in Rußland die Gegensätze zwischen Regierung und Volksvertretung noch immer so groß sind, daß an ein Zusammenarbeiten zum Wohl des unglücklichen Landes noch immer nicht gedacht werden kann. Trotz des rückwärtsrevidierten russischen Wahlgesetzes sind die meisten Wahlen wieder Wahlerfolge der oppositionellen Parteien. Im Gouvernement Petersburg haben überall die Kadetten und Progressisten gesiegt, und so weit die Wahlergebnisse bekannt geworden

sind, haben auch in anderen Wahlkreisen die Kadetten und Progressisten viele Siege davongetragen. Ganz auffällig ist es daher, daß in Rußland auch die mittleren und kleineren Grundbesitzer, welche doch sonst in allen Ländern gewöhnlich das konservative Element in der Volksvertretung bilden, nicht nur liberal, sondern sogar radikal-demokratisch wählen. So werden also im November die parlamentarischen Verhältnisse in Rußland schließlich ebenso ungünstig liegen wie in allen früheren Sitzungen der Duma. Der Regierung ist die Mehrheit der Duma immer noch zu radikal angelegt, und der Volksvertretung erscheint die Regierungspolitik zu reaktionär. Das sind Gegensätze von unüberbrückbaren Eigenschaften, und es kann schließlich in Rußland nur noch das alte Regiment die Staatsgeschäfte führen. Dabei ist natürlich von ernstlichen Reformen auf dem Gebiete der Verwaltung und der Finanzen in Rußland keine Rede und die Zustände verumpfen immer mehr. Trotzdem nun die Partei der „echt russischen Leute“ und der Oktoberverband mit ihren rückschrittlichen Anschauungen und Ansprüchen in den letzten Wahlen keine Siege errungen haben, so haben diese Parteien allem Anscheine nach doch den größten Einfluß bei dem Jaren und bei der allmächtigen Hospartei, und aus diesem Umstande und der radikalen Stimmung in den gebildeten Kreisen Rußlands ist allein die parlamentarische Lage zu erklären. Die jüngsten russischen Wahlen haben aber auch noch eine andere ganz auffällige Erscheinung zu Tage treten lassen, nämlich die ganz unglückliche Gleichgültigkeit

der Bevölkerung gegenüber den Wahlen. In einer Wählerversammlung der Kleingrundbesitzer in einem Kreise des Gouvernements Petersburg erschienen von etwa 1700 wahlberechtigten Grundbesitzern nur 64, und auf vielen Wählerversammlungen der russischen Kleingrundbesitzer und Bauern erschienen nur etwa 7% der Wähler. Noch schlimmer ist die politische Gleichgültigkeit aber in den russischen Arbeiterkreisen. Bekanntlich dürfen die russischen Arbeiter auch ihre eigenen Wahlmänner und Abgeordneten wählen, aber in vielen Arbeiterkreisen und Fabriken konnten die Wahlen gar nicht stattfinden, weil kein einziger Wähler zu der Wahl erschienen war. Die vorher geschilderten unverföhnlichen politischen Gegensätze in Rußland und die Teilnahmslosigkeit der großen Volksmasse gegenüber den Wahlen und politischen Rechten muß für jeden Beobachter ein Beweis sein, daß das russische Volk für eine parlamentarische Regierung oder eine bedingte Mitarbeit an den Regierungsgeschäften und an der Gesetzgebung entschieden noch nicht reif ist. Möglicherweise ist die Teilnahmslosigkeit eines großen Teiles des russischen Volkes in politischen Dingen auch auf eine Art fanatische Verzweiflung zurückzuführen, indem man sich im Volke sagt, daß die Wahlen dem Notstande des russischen Volkes noch lange kein Ende bereiten werden. Die Ruhe des Kirchhofs herrscht aber deshalb noch lange nicht in Rußland, denn die Attentate und die unbotmäßigen Handlungen haben noch in allen Volksschichten ihre fanatischen Vertreter. Eine aufgeklärte Diktatur, welche die notwendigsten Reformen mit uner-

